



Bezirksregierung Münster Regionalplanungsbehörde

Geschäftsstelle des Regionalrates

Tel.: 0251/411-1755 Fax.:0251/411-1751 eMail:geschaeftsstelle@bezreg-muenster.nrw.de

Sitzungsvorlage 54/2010

Niederschrift der Sitzung des Regionalrates Münster am 21.06.2010

Berichterstatter: Regionalplanerin Diane Ewert

Bearbeiter: Regierungsdirektorin Andrea Beatrix-Hess
Tel.: 0251-411-1750
Regierungsbeschäftigte Inge Weber
Tel.: 0251-411-1755

Diese Vorlage ist Beratungsgrundlage zu

- TOP der Sitzung der Verkehrskommission am
- TOP der Sitzung der Strukturkommission am
- TOP 1 der Sitzung des Regionalrates am 20.09.2010**

Beschlussvorschlag

für die Verkehrskommission:

- Zustimmung Kenntnisnahme

für die Strukturkommission:

- Zustimmung Kenntnisnahme

für den Regionalrat:

- Zustimmung Kenntnisnahme

Niederschrift der Sitzung des Regionalrates Münster am 21.06.2010

Beginn: 14.00 Uhr

Ende: 16.10 Uhr

Anwesenheitsliste: s. Anlage 1

Der Vorsitzende begrüßte die Anwesenden, insbesondere Herrn Klaus Ehling, Geschäftsführer der Münsterland e.V., und stellte die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

TOP 1: Genehmigung der Niederschrift der Sitzung des Regionalrates vom 22.03.2010

Auf Bitte von **Herrn Ballenthin** wurde zugesagt, den Mitgliedern des Regionalrates aktualisierte Mitgliederlisten der Kommissionen zur Verfügung zu stellen.

Der Regionalrat genehmigte die Niederschrift einstimmig.

TOP 2: Regionalisierte Strukturpolitik

- I. Clusterentwicklung**
- II. Münsterland**

Der Regierungspräsident berichtete, dass anlässlich der morgens stattgefundenen Sitzung der RVR-Verbandsversammlung das Verfahren zwischen dem Regionalverband Ruhr und den Bezirksregierungen Arnsberg, Düsseldorf und Münster bekräftigt worden sei. Danach würden die Bezirksregierungen in erster Linie an den Sitzungen der Fachausschüsse teilnehmen und eine Teilnahme an der Verbandsversammlung werde von Fall zu Fall entschieden. Zukünftig werde auch eine Entzerrung der Sitzungstermine angestrebt, so das es nicht mehr zu Überschneidungen komme.

Er berichtete über das Bündnis für den Sport. Die Bezirksregierung Münster habe am 12.04.2010 in der Verbundschule in Legden-Rosendahl eine Kooperationsvereinbarung mit den Stadt- und Kreissportbünden des Regierungsbezirks Münster mit Ausnahme der von Münster und Coesfeld zur ehrenamtlichen Nachwuchsförderung im Bereich Schulsport unterzeichnet. Er hoffe, dass nach entsprechenden Gesprächen auch mit Münster und Coesfeld eine entsprechende Vereinbarung getroffen werden könne. Er bedankte sich bei den Kreissportbünden und Herrn Schmal, Vertreter des Landessportbundes im Regionalrat, für das Engagement bei der Zielsetzung, vor dem Hintergrund der veränderten Schulzeiten die Zusammenarbeit und Kooperation zwischen den Vereinen und Schulen und damit eine nachhaltige Nachwuchsarbeit zu unterstützen.

Er gab einen kurzen Überblick über die Entwicklungen in der Emscher-Lippe-Region. Die Emscher-Lippe Konferenz habe vor einer Woche in Gelsenkirchen u.a. die Themen Regionales Entwicklungskonzept Emscher-Lippe, Bildungsnetzwerke sowie Zukunft der Breitbandversorgung und Ausbau der B 224 im Bereich Gladbeck besprochen. Außerdem sei eine erste Zwischenbilanz der Handlungsstrategie 2020 für die Emscher-Lippe Region gezogen worden. Diese Handlungsstrategie sei 2007 mit dem Ziel verabschiedet worden, zwischen

dem Kreis Recklinghausen und den kreisangehörigen Kommunen ein gemeinsames Konzept zur Bewältigung des Strukturwandels zu erarbeiten.

Der Vorsitzende bedankte sich für die Informationen und führte aus, dass es eine Vielzahl sehr positiver Beispiele für eine erfolgreiche Zusammenarbeit zwischen den Kommunen gebe.

Herr Daldrup sprach das Bündnis für den Sport an und bat um Erläuterung der Gründe, aus denen sich die Stadtsportbünde Münster und Coesfeld bislang nicht beteiligten.

Herr Schmal bedankte sich bei der Bezirksregierung für die gute Zusammenarbeit, die den Abschluss dieser Vereinbarung ermöglicht hätte. Er bedauerte, dass sich die Stadtsportbünde Münster und Coesfeld bisher nicht beteiligten, nähere Gründe hierfür seien ihm allerdings nicht bekannt.

Die ehrenamtlichen Vertreter des Landessportbundes seien wie er selber im Regionalrat auch in den Gremien der unteren Landschaftsbehörden vertreten, um dafür Sorge zu tragen, dass die gesellschaftspolitischen und gesundheitspolitischen Aufgaben des Sports bei der Landschaftsplanung Berücksichtigung finden würden. Der Landesportbund habe Treffen zur Qualifizierung eingerichtet, damit diese ehrenamtlichen Vertreter ihre Aufgaben kompetent übernehmen und ausführen könnten. Er bat die Mitglieder des Regionalrates um Unterstützung bei der Beteiligung des Sports auf allen behördlichen Ebenen.

Herr Ballenthin regte an, die Europäische Akademie des Sports zu den Treffen des Landessportbundes einzuladen.

Antrag der SPD-Fraktion vom 26.04.2010 Anreizsysteme für interkommunale Zusammenarbeit

Herr Ballenthin befürwortete den Antrag der SPD-Fraktion. Es gebe einige Beispiele für eine bereits bestehende Zusammenarbeit in Zweckverbänden. Er bat die Bezirksregierung, dieses komplexe Thema bis zur nächsten Sitzung des Regionalrates im September ausführlicher zu betrachten.

Der Regionalrat nahm die mündlichen Ausführungen zur Kenntnis. Das Thema wird ausführlich in einer der nächsten Sitzungen des Regionalrates beraten.

TOP 3: Vorstellung des „Regionalen Entwicklungskonzeptes Münsterland“ Vortrag Herr Klaus Ehling, Geschäftsführer „Münsterland e.V.“

Herr Ehling stellte anhand von Folien das Regionale Entwicklungskonzept Münsterland vor, erläuterte die Aufgaben von Münsterland e.V. sowie die Kompetenzfelder der münsterländischen Wirtschaft und ging auf das Konzept und die Projekttermine ein.
(Folien des Vortrages s. Anlage 2 zur Niederschrift)

Der Vorsitzende bedankte sich für die sehr kompakte Darstellung. Es sei deutlich geworden, wie wichtig es sei, zusammen an einem Strang zu ziehen, um die Interessen des Münsterlandes nach innen und außen wahrzunehmen. Es bestehe der Wunsch zur engen Zusammenarbeit zwischen Regionalrat, Münsterlandkonferenz und Münsterland e.V., und er gehe von einer Teilnahme aller Beteiligten am Münsterlandtag am 01.07.2010 in Bocholt aus.

Herr Daldrup kritisierte die seiner Meinung nach bereits viel zu lange dauernden unterschiedlichen Bemühungen, auf der Ebene des Münsterlandes zu einer besseren Profilierung und zu einem besseren Marketing zu kommen. Zu einem regionalen Entwicklungskonzept gehöre mehr als der Aufbau einiger Marketingaktivitäten. Trotz der bislang parteipolitisch sehr einseitigen Veranstaltung des Münsterlandtages werde sich die SPD-Fraktion weiterhin einbringen, an der Diskussion teilnehmen, neue Akzente setzen und Herrn Ehling in seiner Arbeit unterstützen.

Herr Ehling stellte klar, dass das regionale Entwicklungskonzept bereits 2007 beschlossen worden sei. Jetzt gehe es um die Bewilligung eines Regionalbudgets auf der Basis dieses regionalen Entwicklungskonzeptes aus 2007, das Münsterland e.V. marketingtechnisch weiterentwickelt habe. Dieses Projekt mit einer Fördersumme von 600.000 Euro könne nicht für die gesamte Region entwicklungsfördernd tätig sein, sondern sei auf die Entwicklung des Bereiches Regionalmarketing ausgerichtet.

Herr Streich gab bezüglich der Kritik von Herrn Daldrup zu bedenken, dass Münsterland e.V. vor kurzem neu gegründet worden sei und sich in der Entwicklung befinde, um regionales Marketing aufzubauen. Er befürworte und begrüße eine regelmäßige Vorstellung der Arbeitsfortschritte im Rahmen des regionalen Entwicklungskonzeptes durch Münsterland e.V. im Regionalrat.

Herr Fehr begrüßte die Arbeit von Münsterland e.V., allerdings sei auch die Kritik von Herrn Daldrup in einem Punkt nachvollziehbar. Auch die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen wünsche sich im Interesse aller Beteiligten eine demokratischere Beteiligung aller Parteien im Bereich der regionalen Entwicklung.

Der Vorsitzende machte deutlich, dass Münsterland e.V. nicht politisch ausgerichtet sei, sondern ein Aufgabenprofil habe, in dem sich die ganze Region wiederfinden könne.

Herr Schemmer stellte fest, dass man aus vielen suboptimalen Rahmenbedingungen früherer Zeiten gelernt und als Konsequenz daraus Münsterland e.V. gegründet habe. Angesichts der von Herrn Ehling in seinem Vortrag dargestellten guten Position des Münsterlandes im Vergleich zu anderen Regionen des Landes befinde man sich auf dem richtigen Weg.

Herr Dr. Gericke stellte klar, dass es keine einseitige politische Ausrichtung im Rahmen der Aufstellung des regionalen Entwicklungskonzeptes gegeben habe, die Diskussion sei parteiübergreifend geführt worden. Positiv zu unterstreichen sei die über einen längeren Zielbildungsprozess herausgearbeiteten vier Schwerpunkte, auf die Herr Ehling sich in seinem Vortrag auch bezogen habe. Aus verständlichen Gründen beanspruche die Aufstellung eines regionalen Entwicklungsprojektes unter Einbeziehung der verschiedensten Partner aus den Bereichen Unternehmen, Wissenschaft und Kultur einige Zeit.

Der Vorsitzende wünschte Münsterland e.V. weiterhin viel Erfolg und begrüßte den Vorschlag einer regelmäßigen Berichterstattung über die Arbeitsfortschritte im Regionalrat.

TOP 4:Information zum Konjunkturpaket 2

Die Regionalplanerin berichtete über den sehr positiven Verlauf der Förderung. Inzwischen seien gegenüber der Darstellung in der Sitzungsvorlage bereits 165 Maßnahmen beendet worden. Alle Kommunen hätten auf Nachfrage versichert, dass sie die zugewiesenen Mittel komplett verausgaben könnten.

Herr Daldrup lobte den positiven Ablauf der Förderung, die gute Resonanz bei allen betroffenen Kommunen und er bedankte sich für die Arbeit der Bezirksregierung.

Der Regionalrat nahm die Sitzungsvorlage 37/2010 zur Kenntnis.

TOP 5: Präsentation der Ergebnisse des Fördermittelcontrollings bei der Bezirksregierung Münster

Die Regierungsvizepräsidentin berichtete einleitend über die Weiterentwicklung des Verfahrens mit fundierter Datengrundlage gegenüber der Berichterstattung im letzten Jahr.

Herr Sträterhoff stellte anhand von Folien die Ergebnisse des Fördermittelcontrollings bei der Bezirksregierung Münster vor. Er ging auf die Grundlagen der Datenerhebung, die Darstellung der Förderströme, die Fördermaßnahmen im Rahmen von „Ruhr 2010“, die Kostenstruktur von Fördermaßnahmen ein und stellte den Fördercontrollingansatz vor. (Folien des Vortrages s. Anlage 3 zur Niederschrift)

Herr Daldrup sprach die Zuständigkeit der Bezirksregierung für die Projekte im Rahmen der Ruhr 2010, beispielsweise Emscherumbau, an und bat um Erläuterung.

Der Regierungspräsident berichtete, dass Städtebaumittel erst im Zusammenhang mit dem Umbau der Emscher zum Einsatz kommen würden. Die Bezirksregierung sei in diesem Zusammenhang aber auch für Projekte im Kulturbereich außerhalb des Regierungsbezirks zuständig. Er schlug vor, über die Förderung im Zusammenhang mit der Ruhr 2010 in der nächsten Sitzung des Regionalrates einen besonderen Bericht vorzulegen.

Herr Schemmer befürwortete diesen Vorschlag und schlug außerdem vor, die im Regierungsbezirk Münster zusammengestellten Daten in einen landesweiten Vergleich auf Kreisebene zu stellen.

Die Regierungsvizepräsidentin führte aus, dass Voraussetzung hierfür der Aufbau eines ähnlichen Fördercontrollings bei alle anderen Bezirksregierungen sei. Z.Zt. sei bekannt, dass in Arnsberg ein Jahresförderprogramm aufgestellt werde, allerdings könne sie nicht beurteilen, ob dies mit dem Fördercontrolling der Bezirksregierung Münster vergleichbar sei.

Frau Tarnier lobte den Aufbau des Fördermittelcontrollings und erkundigte sich, warum bei der regionalen Verteilung über den betrachteten Zeitraum die Zuweisung von Fördermittel für den Kreis Warendorf im Verhältnis zu anderen Kreisen abgenommen hätte.

Herr Sträterhoff berichtete, dass dieser Eindruck bei einer Betrachtung über einen längeren Zeitraum dadurch entstehen könne, dass z.B. eine bereits fertig gestellte Maßnahme nicht mehr aufgeführt werde.

Herr Nospickel sprach an, dass die Maßnahmen vor 2008 im Fördercontrolling unberücksichtigt geblieben seien und erkundigte sich, ob sich dies lediglich auf Maßnahmen beziehe, deren Zuwendungsbescheid 2007 oder früher erstellt worden sei oder auch auf Dauerförderatbestände.

Herr Sträterhoff führte aus, dass die Datengrundlage mit Erstbescheid 2008 aus technischen Gründen festgelegt worden sei, um einen Startpunkt zu bestimmen. Die Dauerförderatbestände seien geprüft und aufgrund ihrer Struktur entweder nicht berücksichtigt oder zurückgestellt worden.

Der Regierungspräsident führte ergänzend aus, dass Dauerfördertatbestände, wie z.B. eine pauschale Förderung über mehrere Jahre in Denkmalschutzgebieten oder auch im Bereich der Arbeitsmarktpolitik, zurückgefahren worden sei.

Herr Nospickel äußerte die Bitte, die angesprochenen Dauerfördertatbestände evtl. summarisch aufzuführen, um einen Überblick zu erhalten.

Der Regionalrat nahm den Vortrag zur Kenntnis und bat die Bezirksregierung um einen gesonderten Bericht über die Förderungen im Zusammenhang mit der Ruhr 2010 in der Sitzung des Regionalrates im September 2010.

TOP 6: Novellierung des Landesplanungsgesetzes

Die Regionalplanerin erläuterte die Sitzungsvorlage, in der alle wesentlichen Änderungen im Landesplanungsgesetz aufgeführt seien. Die gewünschte gegenseitige Teilnahme von beratenden Mitgliedern im Regionalrat und in der RVR-Verbandsversammlung sei nicht angenommen worden mit der Begründung, das RVR-Gesetz habe diesen Regelungsinhalt nicht. Des Weiteren würden pauschalisierte Förderungen nicht mehr in die Zuständigkeit des Regionalrates fallen.

Für Entscheidungen der Regionalplanungsbehörde in Zielabweichungsverfahren sei nicht mehr das Einvernehmen sondern nur noch das Benehmen der fachlich betroffenen öffentlichen Stellen erforderlich.

Eine wesentliche Änderung bilde die Ersetzung der Genehmigungspflicht von Regionalplänen durch ein Anzeigeverfahren. Die Bekanntmachung erfolge, wenn die Landesplanungsbehörde nicht innerhalb der Frist von höchstens drei Monaten nach Anzeige aufgrund einer Rechtsprüfung unter Angabe von Gründen im Einvernehmen mit den fachlich zuständigen Landesministerien Einwendungen erhoben habe. Die Frist beginne mit Eingang der vollständigen Unterlagen. Im Rahmen des Anzeigeverfahrens sei es zukünftig nicht mehr möglich, Maßgaben zu erteilen.

Herr Daldrup führt aus, dass der Regionalrat sich für ein Anzeigeverfahren eingesetzt habe, um das Verfahren zu erleichtern. Er kritisierte, dass mit den vorliegenden Regelungen bezüglich der Fristen das Verfahren allerdings nicht vereinfacht oder beschleunigt, sondern das Gegenteil erreicht worden sei.

Der Regionalrat nahm die Sitzungsvorlage 38/2010 zur Kenntnis.

TOP 7: Stellungnahme des Regionalrates zum Entwurf der Änderung des Landesentwicklungsplanes – Kapitel D.II – Energieversorgung

Die Regionalplanerin erläuterte die Sitzungsvorlage mit einem Entwurf einer Stellungnahme des Regionalrates zum Energiekapitel des noch zu erstellenden Landesentwicklungsplans. Frist für die Abgabe der Stellungnahme sei der 15.07.2010.

Herr Ballenthin stellte für die CDU-Fraktion den Antrag zu prüfen, ob für die unter D.II.2 aufgeführten bisherigen LEP-Kraftwerksstandorte Greven (Greven-Ost), Dülmen (Hiddingsel) und Drensteinfurt eine Umnutzung in industrielle Flächen oder für industrielle Nutzung möglich sei.

Herr Fehr führte aus, dass die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen der vorliegenden Stellungnahme nicht zustimmen werde, obwohl sie viele positive Ansätze enthalte. Mit der vorliegenden LEP-Änderung werde ein energiepolitisch nicht akzeptabler Weg eingeschlagen. Sowohl in der Bevölkerung als auch in der Politik bestehe eigentlich Konsens, dass möglichst schnell der Weg zu erneuerbaren Energie eingeschlagen werden müsse und keine gigantischen Kohlekraftwerke mehr gebaut werden könnten.

Herr Daldrup machte deutlich, dass die SPD-Fraktion sowohl dem vorliegenden LEP-Entwurf als auch der Stellungnahme nicht zustimmen werde. Vor dem Hintergrund der Entscheidungen um das Projekt Datteln sei eine Konzeption vorgelegt worden, die weder energiepolitisch sehr lange Bestand haben werde noch zukunftsfähig sei.

Herr Schulte-Uebbing erläuterte, dass der von Herrn Ballenthin gestellte Antrag dazu diene, dem Münsterland langfristig wichtige Flächen zu sichern. Es gehe nicht darum, diese Flächen als Kraftwerksstandorte aufrechtzuerhalten.

Herr Daldrup machte deutlich, dass er den CDU-Antrag nicht unterstützen könne, da er es für grundlegend falsch halte, an vielen Stellen große Gewerbe- und Industrieansiedlungsbereiche bereitzustellen. Eine Erfolg versprechende Lösung sei, sich nur auf einige Flächen zu konzentrieren und diese dann auch konkret anzubieten.

Der Regionalrat stimmte dem Beschlussvorschlag der Sitzungsvorlage 39/2010 bei 7 Gegenstimmen zu.

Der Regionalrat stimmte dem Antrag der CDU-Fraktion, die Bezirksregierung mit der Prüfung zu beauftragen, ob für die unter D.II.2 aufgeführten bisherigen LEP-Kraftwerksstandorte Greven (Greven-Ost), Dülmen (Hiddingsel) und Drensteinfurt eine Umnutzung in industrielle Flächen oder industrielle Nutzung möglich sei, bei 7 Gegenstimmen zu.

TOP 8: 24. Änderung des Regionalplans für den Regierungsbezirk Münster, Teilabschnitt Münsterland, Umnutzung eines Bereiches für öffentliche Zwecke (Militärisches Munitionsdepot) zu einem „Bioenergiepark“ auf dem Gebiet der Gemeinde Saerbeck
- Erarbeitungsbeschluss –

Der Regionalrat stimmte dem Beschlussvorschlag der Sitzungsvorlage 40/2010 ohne Aussprache einstimmig zu.

TOP 9: Zielabweichungsverfahren nach § 16 Landesplanungsgesetz NRW für das Gelände der ehemaligen Freiherr-vom-Stein Kaserne auf dem Gebiet der Stadt Coesfeld (Teilbereich 2)

Der Regionalrat stimmte dem Beschlussvorschlag der Sitzungsvorlage 41/2010 ohne Aussprache einstimmig zu.

TOP 9a: Zielabweichungsverfahren nach § 16 Landesplanungsgesetz (in Kraft getreten am 08.04.2010) für die im Regionalplan des Regierungsbezirks Münster – Teilabschnitt Münsterland – dargestellten Windeignungsbereiche WAF 16, WAF 17 und WAF 50 in der Stadt Ahlen

Die Regionalplanerin erläuterte die Sitzungsvorlage und machte deutlich, dass von dem bestehenden Windenergienutzungskonzept für das Münsterland nicht abgewichen werde. Nach Prüfung der Bezirksregierung nehme die Stadt Ahlen mit der Überarbeitung der Konzeption zur Darstellung von Konzentrationszonen im Flächennutzungsplan zulässigerweise eine planungsrechtliche Konkretisierung der im Regionalplan als Ziele der Raumordnung dargestellten Windenergieeignungsbereiche vor. In diesem Zielabweichungsverfahren greife zum ersten Mal die neue Regelung des LPIG, wonach nicht mehr das Einvernehmen sondern nur noch das Benehmen der fachlich betroffenen öffentlichen Stellen erforderlich sei. Insofern sei einem entgegenstehenden Votum des BUND nach fachlicher und sachlicher Prüfung nicht gefolgt worden.

Herr Daldrup machte deutlich, dass die SPD-Fraktion dem Beschlussvorschlag zustimme. Allerdings sei dieses Gebiet seinerzeit bei der Ausweisung der Eignungsbereiche relativ umstritten gewesen, da es sich nach Aussage der Naturschutzverbände und des BUND um ein besonders wichtiges Vogelschutzgebiet handeln würde. Die seinerzeit festgelegte Höhenbegrenzung von 100 m sei seines Erachtens falsch gewesen und werde im jetzigen Verfahren auf 150 m heraufgesetzt. Er erkundigte sich, ob die Stadt Ahlen durch dieses Verfahren auch in die Verpflichtung genommen werde, die Höhenbegrenzung für die Altanlagen anzupassen.

Herr Puhe führte aus, dass die Höhenbegrenzung im alten Flächennutzungsplan bei 100 m lag und jetzt mit der Argumentation, ein Repowering von alten Anlagen zu ermöglichen, auf 150 m heraufgesetzt werde. Sofern die Altanlagen im Flächennutzungsplan lägen, könne damit der Investor die Altanlagen auf maximal 150 m aufstocken.

Der Regionalrat stimmte dem Beschlussvorschlag der Sitzungsvorlage 52/2010 einstimmig zu.

**TOP 10 Städtebauförderung
Vorstellung des Jahresförderprogramms 2010**

Die Regionalplanerin erläuterte, dass das Ministeriums am vergangenen Freitag per e-mail mitgeteilt habe, dass das Stadterneuerungsprogramm 2010 aus aktuellem Anlass abgesetzt worden sei. Näheres sei noch nicht bekannt.

Der Vorsitzende bedauerte dies sehr, dadurch könnten dann die Bewilligungsbescheide erst sehr viel später erstellt werden.

Herr Weidmann führte aus, dass man sicher Regelungen für eine Fortführung von bereits begonnenen Stadterneuerungsmaßnahmen finden werde, falls es in einzelnen Städten zu Problemen kommen sollte.

Der Regionalrat nahm die Information zur Kenntnis, dass das MBV die Veröffentlichung des Jahresförderprogramms 2010 ausgesetzt habe.

- TOP 11: Regionale Kulturpolitik**
- a) **Liste der geförderten Projekte 2009 und 2010**
Sitzungsvorlage 43/2010
 - b) **Entsendung von Mitgliedern des Regionalrates Münster in den Kulturbeirat**
Sitzungsvorlage 44/2010

Herr Weber erläuterte die Sitzungsvorlage 43/2010 mit der Projektliste für das Münsterland und ging auf die Entsendung von Mitgliedern des Regionalrates in den Kulturrat ein.

Herr Daldrup äußerte die Zustimmung der SPD-Fraktion zur Sitzungsvorlage 43/2010. Seiner Auffassung nach handele es sich allerdings nicht um eine zweckgerechte Verwendung der Mittel des Landes zur regionalen Kulturförderung, dass der Münsterlandtag mit 10.000 Euro finanziert werde.

Der Vorsitzende führte zu TOP 11 b aus, dass mit einvernehmlichem Votum aus der Strukturkommission die Mitglieder des Regionalrates Herr Daldrup und Herr Nospickel vorgeschlagen worden seien.

Herr Fehr ging auf die Entsendung von Mitgliedern des Regionalrates in den Kulturbeirat ein und kündigte den Anspruch der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen auf einen Sitz im Kulturrat an. Der entsprechende Antrag werde zur nächsten Sitzung gestellt.

Herr Ballenthin gab zu bedenken, dass es bei der Entsendung von Mitgliedern in den Kulturrat nicht um eine politische Besetzung gehe, sondern um den Informationswert.

Der Vorsitzende bat die Bezirksregierung, bis zur nächsten Sitzung zu klären, ob der Regionalrat Entsendungen in den Kulturrat in beliebiger Form vornehmen könne.

Der Regionalrat stimmte der Sitzungsvorlage 43/2010 einstimmig zu.

Der Regionalrat nahm die Sitzungsvorlage 44/2010 zur Kenntnis und benannte einstimmig die Mitglieder Bernhard Daldrup und Ansgar Nospickel für die Entsendung von Mitgliedern des Regionalrates Münster in den Kulturbeirat.

**TOP 12: Flughafen Twente
Information über den aktuellen Sachstand**

Die Regionalplanerin berichtete, dass das Parlament der Province Overijssel in einer Sitzung am 16.06.2010 das sogenannte räumliche Leitbild für das Gebiet des ehemaligen Militärflughafens Twente beschlossen habe. Damit solle eine Wiederinbetriebnahme des Flughafens in Form eines privatwirtschaftlich betriebenen Zivilflughafens vorgenommen werden. Die Province Overijssel und die Stadt Enschede hätten eine Verwaltungsvereinbarung abgeschlossen mit dem Ziel, die gesamte Fläche des ehemaligen Militärflughafens vom staatlichen Liegenschaftsunternehmen an die Gebietskörperschaften zu übertragen. Anschließend solle eine Entwicklungsstrategie ausgearbeitet werden sowie Pläne erarbeitet für die Teile des Gebietes, die nicht für den Flughafenbetrieb selbstbenötigt werden. Die für das 1. Quartal 2011 geplante Ausschreibung für die Vergabe des Lufthafenbetriebes sei in Vorbereitung.

Der Vorsitzende stellte bedauernd fest, dass die grenzüberschreitende Zusammenarbeit in diesem Punkt leider nicht funktioniere und keine Einflussnahme auf die Entscheidung möglich sei. Angesichts der Schwierigkeiten, kleinere Flughäfen wirtschaftlich zu betreiben, sei

der Bau eines weiteren Flughafens in einer Entfernung von 60 km nicht sinnvoll. Er richtete die Bitte an den Regierungspräsidenten, anlässlich seiner intensiven Kontakte zu den Niederlanden bei nächster Gelegenheit die großen Bedenken und die Betroffenheit des Regionalrates zu äußern.

Herr Schulte-Uebbing bat die Bezirksregierung, bei diesen Kontakten auch darauf zu achten, ob Rendite trüchtige Nebennutzungen am Flughafen Twente mit in Planung seien.

Herr Gerhardy wies darauf hin, dass bisher noch keine europarechtlich und subventionsrechtlich bedeutenden Tatbestände in der Entwicklung seien. Diese Entwicklung müsse aber beobachtet werden, weil sich dadurch die ersten Anknüpfungspunkte ergeben könnten, um steuernd einzugreifen.

Der Regionalrat nahm die Sitzungsvorlage 45/2010 zur Kenntnis.

**zu TOP 12: Anfrage der SPD-Fraktion vom 15.06.2010
Berichterstattung zur weiteren Entwicklung des Airportpark am FMO**

Die Regionalplanerin führte aus, dass für den Airportpark eine Fläche von 200 ha zur Verfügung stehe, die in mehreren Schritten vermarktet werden solle. Der neue Geschäftsführer der Airport GmbH hoffe, dass in einem 1. Bauabschnitt mit einer Größe von 50 ha pro Jahr ca. 10.000 bis 15.000 m² abgesetzt werden könnten. Insgesamt sei festzustellen, dass die ursprüngliche Absicht der Vermarktung nicht in dem Umfang wie beabsichtigt umgesetzt werden konnte.

Der Regionalrat nahm die mündliche Information zur Kenntnis.

TOP 13: Verschiedenes

**a) Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Atomtransporte im Regierungsbezirk Münster**

Der Regionalrat nahm die Sitzungsvorlage 53/2010 zur Kenntnis.

**b) Aktuelle Rechtsprechung zu § 24 a LEPro - § 24 ist nicht mehr Ziel
der Raumordnung**

Die Regionalplanerin informierte, dass der § 24 a LEPro auch weiterhin Grundsatz der Landesplanung sei und auch weiterhin in der Abwägung berücksichtigt werden müsse.

Der Regionalrat nahm die mündliche Information zur Kenntnis.

c) Fortschreibung des Regionalplans Münsterland

Die Regionalplanerin berichtete über die Auswirkungen der IT NRW Bevölkerungsprognose für das Münsterland auf die Fortschreibung des Regionalplans Münsterland. Die Entwicklung der Bevölkerungszunahme im Münsterland sei langsamer als ursprünglich prognostiziert. Diese Entwicklung müsse bei der Fortschreibung des Regionalplans Münsterland mit Abstrichen bei den allgemeinen Siedlungsbereichen an einigen Stellen berücksichtigt werden. Die Gewerbeflächenberechnung bleibe unverändert. Über diese Entwicklung sei die Bürgermeisterkonferenz in der letzten Woche informiert und auch die Planungskommission in Kenntnis gesetzt worden. Die Planungskommission stütze auch das geplante weitere verfahrensmäßige Vorgehen. Da die Zeit bis zur Vorlage des Erarbeitungsbeschlusses in der Sitzung des Regionalrates im September sehr knapp sei, könnten weitere bilaterale Gespräche mit den Kommunen über diese Neuentwicklung erst im Anschluss an die Septembersitzung geführt werden.

















Der Regionalrat nahm die mündliche Information zur Kenntnis.

Der Vorsitzende schloss die Sitzung um 16.10 Uhr.

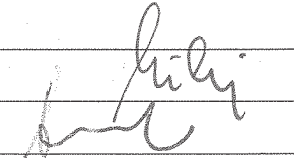





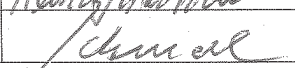
Anwesenheitsliste
für die Sitzung des Regionalrates Münster
am 21. Juni 2010

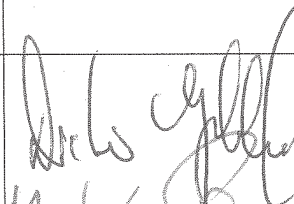





Beginn: 14.00 Uhr

Ende: 16.10

Stimmberechtigte Mitglieder	Unterschrift	Abrechnung	
		Standard	gem. Formular
Ballenthin, Eckart		x	
Weber, Stefan		x	
Daldrup, Bernhard		x	
Tanjsek, Gerti		x	
Fehr, Helmut		x	
Schulze Esking, Werner		x	
Hild, Karl-Wilhelm			
Stremlau, Lisa			x
Nospickel, Ansgar		x	
Kösters, Karl		x	
Paulsen, Friedrich		x	
Schemmer MdL, Bernhard		x	
Gerhardy, Martin		x	
Rauen, Engelbert		x	
Reiter, Udo		x	
Streich, Hans-Jürgen		x	
Tarner, Hedwig		x	

*Verkehr
Fraktion*

Beratende Mitglieder	Unterschrift	Abrechnung	
		Standard	gem. Formular
Eiling, Hermann		X	
Schulte-Uebbing, Karl-Friedrich			
Dr. Harenger, Michael			
Dr. Hülsdünker, Josef		X	
Lammers, Marianne		X	
Leuteritz, Erika			
Hemsing, Andreas		X	
Hampel, Ulrich			
Rittermeier, Heinz		X	
Schmal, Ferdi		X	

Teilnehmer mit beratender Befugnis	Unterschrift	Abrechnung	
		Standard	gem. Formular
Landschaftsverband Westfalen-Lippe Dieter Gebhard		X	
Oberbürgermeister Münster			
Landrat Borken			
Landrat Coesfeld			
Landrat Steinfurt			
Landrat Warendorf			

Bezirksregierung Münster	Unterschrift
Regierungspräsident	
Regierungsvizepräsidentin	<i>Falk-Old</i>
Bezirksplanerin Abteilungsleiterin 3	<i>[Handwritten signature]</i>
Abteilungsleiter 2	<i>[Handwritten signature]</i>
Abteilungsleiter 4	<i>[Handwritten signature]</i>
Abteilungsleiter 5	<i>[Handwritten signature]</i>

Gäste, Behörde/Dienststelle	Unterschrift